

zu geben und die Bundesrepublik als antinational hinzustellen. Und so lange gilt auch für die SED, was der Historiker Golo Mann kürzlich erkannte: „Innerhalb sehr weit gezogener Grenzen ist Nation, was man will, daß sie es sei.“

PARTEIEN

NPD

Knoten geplatzt

Eigentlich hatte der niedersächsische Landtagsabgeordnete und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Helmut Hass, 50, die Lust am nationaldemokratischen Treiben schon vor der Bundestagswahl verloren. Vorsorglich ließ er einen CDU-Parlamentarier wissen: „Mir stinkt der ganze Laden, am liebsten ginge ich raus.“

Dann aber sagte sich Hass: „Da fälltst du einer kämpfenden Truppe in den



Niedersächsische NPD-Fraktion*
„Mir stinkt der Laden“

Rücken und lieferst noch ein Alibi für einen schlechten Wahlausgang.“ So organisierte er den Wahlkampf der Nationalen in Niedersachsen.

Kämpfend ging die Truppe am 28. September unter. An seinem Einzug ins Bonner Parlament gehindert, beschloß Adolf von Thadden, sich wieder stärker seinen Pflichten als Mitglied des Landesparlaments in Hannover zu widmen: Ende 1969 ließ er sich zum stellvertretenden Vorsitzenden der zehnköpfigen NPD-Fraktion wählen.

Auf der Strecke blieb Helmut Hass, bis dahin als Geschäftsführer Mitglied des Fraktionsvorstandes. Für Hass („Da ist bei mir endgültig der Knoten geplatzt“) war das der letzte Anstoß, seinen lange gehegten Plan zu verwirklichen: Mitte letzten Monats erklärte er — nach genau fünfjähriger

* Vorn: Helmut Hass.

Die Blendschutzbrille des Jahres!

neu!



schützt die Augen...



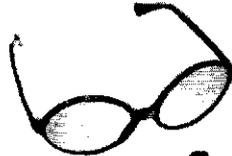
Weil die Blendschutzbrille mit Neophan-Ultra-Gläsern alle UV-Strahlen stoppt.

steigert die Farben...



Schöne Mädchen werden noch schöner! Die Verkehrszeichen sind leichter ablesbar! Unebenheiten auf der Straße lassen sich schneller erkennen! Die Farbkontraste erscheinen gesteigert!

schont das Portemonnaie...



Denn noch nie gab es eine qualitativ so hochstehende Brille zu einem so günstigen Preis. Endlich dürfen Sie Ihre Augen schonen, ohne Ihr Portemonnaie zu strapazieren.

neu!

Die original Neophan-Ultra-Blendschutzbrille erhalten Sie überall dort, wo Sie das Testplakat Neophan-Ultra an der Schaufensterscheibe sehen.

Aleinvertrieb für Deutschland und die EWG

Echtenia-Sonnenbrillenwerk

Gebrüder Echterhölter,

4914 Ehlenbruch-Lippe

Ruf: 052 32/35 25

Bezugsquellennachweis für die

Schweiz und die EFTA

A. Wolf AG, CH-4106 Therwil



Mitgliedschaft — seinen Austritt aus der Partei. Adolf von Thadden: „Wir waren alle völlig überrascht.“

Doch die führenden NPD-Leute erhielten sich schnell von ihrer Überraschung. Als Grundlage ihrer Aktion diente eine im November 1966 vom Parteivorstand mit dem Ziel, die nationalen Parlamentsreihen fest geschlossen zu halten, beschlossene Erklärung, in der die NPD-Landtagskandidaten auf vorderen Listenplätzen anerkennen, erklären und bekennen mußten, daß sie

- ▷ ihr Mandat durch die NPD erhalten haben,
- ▷ das Mandat bei Austritt oder Ausschuß aus der NPD niederlegen werden und
- ▷ im Falle des Zuwiderhandelns der Partei 30 000 Mark schulden.

Mit ihrer Unterschrift unterwarfen sich die rechten Mandatsaspiranten außerdem „bereits jetzt... der sofortigen Zwangsvollstreckung“ in ihr gesamtes Vermögen.

Nachdem Schleswig-Holsteins Nationaldemokraten tapfer vorangegangen waren, hatten als zweite am 14. April 1967 in Bad Gandersheim auch die niedersächsischen NPD-Delegierten die Unterwerfungserklärung zum Angelpunkt ihrer Art der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl gemacht. Auf einen der ersten 15 Listenplätze setzten sie nur Kampfgewonnen, die zuvor in Gegenwart eines Notars ihre Unterschrift geleistet hatten.

Den Notar hatte man gleich dabei: Otto Carl Klatte, 69, der es bis zum NPD-Kreisvorsitzenden der Landeshauptstadt Hannover brachte, bevor er im vergangenen Oktober der Partei „aus menschlicher Enttäuschung und wegen ständigem Ärger mit der radikalen Parteijugend“ den Rücken kehrte.

In Bad Gandersheim kassierte Klatte noch Unterschriften, allen voran die des Parteivorsitzenden und Listenführers Adolf von Thadden und — an zehnter Stelle der Kandidatenreihe — auch die von Helmut Hass, damals Präsidiumsmitglied des Delegierten-tages.

Kurz nach seinem Parteiaustritt — vergeblich hatte Fraktionschef Heinz Rudolph versucht, den Abtrünnigen mit dem Angebot eines hauptamtlichen Parteipostens zurückzukaufen — wurde Hass vom Landesvorstand aufgefordert, sein Mandat niederzulegen. Doch der weigerte sich.

Nun stand die NPD-Führung vor einem Dilemma. Verzichtete sie auf die Vollstreckung, dann riskierte sie den Absprung weiterer Mandatsträger (Hass: „Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die nur auf ein Signal warten“). Betrieb sie die Zwangsvollstreckung, dann setzte sie sich der Gefahr aus, daß deutsche Richter an der Unterwerfungserklärung Anstoß nahmen.

So wollte die NPD-Führung in Hannover die Beantwortung der 30 000-

Mark-Frage denn zunächst auch auf die Zeit nach dem Bundesparteitag in Wertheim verschieben. Doch dann entschloß sich Adolf von Thadden, „um falschen Spekulationen vorzubeugen“, zur Flucht nach vorn: Am 31. Januar flatterte Helmut Hass der Vorpfändungsbescheid des Obergerichtsvollziehers beim Amtsgericht Wolfenbüttel in seine Mietwohnung in Salzgitter-Thiede.

Beim selben Gericht erwirkte Hass-Anwalt Werner Nichterlein prompt einen zweiwöchigen Vollstreckungsaufschub, und letzte Woche reichte der Wolfenbütteler Rechtsanwalt beim Landgericht Braunschweig die Vollstreckungsgegenklage ein, verbunden mit dem Antrag auf Aussetzung der Zwangsmaßnahmen gegen Hass bis zur Prozeßentscheidung. Dem Richter-votum sieht Nichterlein frohen Muts entgegen: „Ich halte die Sache für tod-sicher, denn private Rechtsgeschäfte, die die Mandatsausübung eines Abgeordneten berühren, sind nichtig.“

Zu diesem Ergebnis waren auch schon Juristen des niedersächsischen

schen seine Aufnahme als Gast der CDU-Fraktionen im Landtag und im Stadtrat von Salzgitter beantragt hat, nun getrost das tun, worauf er hatte verzichten wollen, wenn ihm die Partei nicht mit den 30 000 Mark gekommen wäre: „Ich werde mich mal in Ruhe hinsetzen und einiges aus dem Nähkästchen plaudern — was man so die schmutzige Wäsche nennt, fünf Jahre NPD-Memoiren.“

BUNDESLÄNDER

BADEN-WÜRTTEMBERG

Boden für Baden

Baden-Württembergs CDU-Regierungs-Chef Hans Filbinger, 56, sprach: „Die Altbadener sind nicht unsere Feinde.“ Doch seine Freunde können sie erst recht nicht sein. Denn dieses Frühjahr möchten die Altbadener dem Stuttgarter Ministerpräsidenten ungefähr die Hälfte seines Reiches



Volksentscheid-Objekt Baden, Baden-Manager van Raay: „Los von Stuttgart“

Landtags gekommen. Sie konstatierten die Unvereinbarkeit der NPD-Verpflichtung zur Mandatsniederlegung mit den identischen Bestimmungen der Niedersachsen-Verfassung und des Grundgesetzes, wonach die Volksvertreter „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind (Grundgesetz-Artikel 38) und wonach niemand gehindert werden darf, „das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen und auszuüben“ (Artikel 48).

Folgerung der Landtags-Juristen: Da somit nach Paragraph 134 (Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot) des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) die Verpflichtung zur Mandatsniederlegung nichtig ist, ist gemäß Paragraph 344 BGB auch die Vereinbarung über die Vertragsstrafe unwirksam: „Der NPD steht also gegen den Abgeordneten kein Anspruch auf die in der Urkunde genannte Geldsumme zu.“

Angesichts solcher Prozeßaussichten kann NPD-Flüchtling Hass, der inzwi-

rauben. Baden-Württemberg, so wollen sie, soll wieder in Baden und Württemberg auseinanderfallen. Ihre Parole: „Los von Stuttgart.“

Zwar haben die Badener in Deutsch-Südwest längst zahlreiche wichtige Polit-Positionen erobert. Sie stellen den Regierung-Chef, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Kultus- wie Justizminister und auch den Landtagspräsidenten.

Doch gibt es in dem Bindestrich-Land, das seit April 1952 existiert und sich seitdem mit vereinten Kräften zu einer der steuerkräftigsten und industriestärksten Regionen der Republik entwickelt hat, noch immer Badener, die sich von den Württembergern unterjocht und übervorteilt, erdrückt und genasführt fühlen.

„Alle Gesetze, die in diesem Land geschaffen wurden und werden, sind unrechtmäßig, weil der Staat selber de jure nicht existiert“, glaubt — im Gegensatz zu Staatsrechtlern — der